

X	Öffentliche Sitzung
	Nicht-öffentliche Sitzung

Sitzung Nr.	68/2019
StEA Nr.	7/2019

Vorsitzender

Breuer, Paul	fraktionslos	bis TOP 29 tw.
Brief, Rolf	UWG/Forum-Fraktion	
Engels, Hans Günther	CDU-Fraktion	
Feldenkirchen, Hans Gerd	UWG/Forum-Fraktion	
Geuer, Theo	CDU-Fraktion	
Juchem, Toni	CDU-Fraktion	bis TOP 29 tw.
Keils, Ewald	CDU-Fraktion	
Kleinekathöfer, Ute	SPD-Fraktion	
Knapstein, Günter	CDU-Fraktion	
Krüger, Frank W.	SPD-Fraktion	
Paveh, Siyamak	SPD-Fraktion	
Prinz, Rüdiger	CDU-Fraktion	
Roitzheim, Frank	SPD-Fraktion	bis TOP 23
Schulz, Heinz-Peter	Fraktion-DIE LINKE	
Stadler, Harald	SPD-Fraktion	
Velten, Konrad	CDU-Fraktion	
Wehrend, Lutz	CDU-Fraktion	

Frambach, Frank	CDU-Fraktion
Freynick, Jörn	FDP-Fraktion
Hochgartz, Markus	Bündnis 90/Grüne-Fraktion
Strauff, Bernhard	CDU-Fraktion
Weiler, Jürgen	Bündnis 90/Grüne-Fraktion

Erll, Andreas
Fischer, Uwe
Pieck, Johannes
Schier, Manfred, Erster Beigeordneter

Gesell, Andrea	Bündnis 90/Grüne-Fraktion
Lamprichs, Holger	CDU-Fraktion
Liebeskind, Annette	Bündnis 90/Grüne-Fraktion

Tagesordnung

TOP	Inhalt	Vorlage Nr.
	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	
2	Verpflichtung von Ausschussmitgliedern	
3	Einwohnerfragestunde	
4	Entgegennahme der Niederschrift über die Sitzung Nr. 58/2019 vom 10.07.2019	
5	Vorstellung der Vorentwurfsplanung zum Ausbau des Heerweges zwischen Hemmerich und Brenig	473/2019-9
6	Bebauungsplan Rb 02 in der Ortschaft Rösberg; Aufstellungsbeschluss und Beschluss zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung	541/2019-7
7	14. Änderung des Flächennutzungsplans in der Ortschaft Rösberg; Einleitungsbeschluss, Beschluss zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung	533/2019-7
8	Bebauungsplan Se 25 in der Ortschaft Sechtem: Aufstellungsbeschluss, Beschluss zur Unterrichtung der Öffentlichkeit, Beschluss zur Offenlage	544/2019-7
9	Bebauungsplan He 31 in der Ortschaft Hersel; Beschluss zu den Stellungnahmen aus der Offenlage; Beschluss zur erneuten Offenlage	450/2019-7
10	Sondergebiet großflächiger Einzelhandel in Bonn-Buschdorf	518/2019-7
11	Stellplatzsatzung der Stadt Bornheim	542/2019-6
12	Änderung der Stellplatzablösesatzung	512/2019-7
13	Weiterentwicklung des Stadtbahnangebotes auf der Linie 18 in Bornheim: Nachtverkehr an Wochenenden	531/2019-7
14	Wasserpumpe Rathausparkplatz	377/2019-6
15	Gehweg L 182 - Fußgängersicherung	484/2019-9
16	Anregung nach § 24 GO NRW vom 16.07.2019 betr. Verbesserung der Verkehrssicherheit des Radweges an der L118	474/2019-9
17	Anregung nach § 24 GO NRW vom 19.07.2019 betr. Verkehrssituation Brunnenstraße, Roisdorf	458/2019-9
18	Anregung nach § 24 GO NRW vom 05.08.2019 betr. Errichtung eines Erdwalls am Sportplatz Hersel	475/2019-6
19	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.06.2019 betr. Grundsatzbeschluss für die Oberflächen von Radwegen	403/2019-9
20	Antrag der SPD-Fraktion vom 07.06.2019 betr. Grunderwerbsverhandlungen für einen Radweg an der L 182	462/2019-7
21	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, UWG und FDP vom 01.08.2019 betr. Verkehrsbehördliches Anhörungsverfahren Talstraße	466/2019-9
22	Antrag der FDP-Fraktion vom 01.08.2019 (eing. 12.08.2019) betr. Verkehrssicherheit Spielplatz Hemmerich	490/2019-9
23	Mitteilung / Halbjahresbericht des Bürgermeisters (Bereich StEA)	471/2019-1
24	Mitteilung betr. Geschwindigkeitsmessung Altenberger Gasse	538/2019-9
25	Mitteilung betr. Verkehrsverhältnisse in der Hennesenbergstraße in Brenig	532/2019-9
26	Aktuelle Mitteilungen und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen	545/2019-1
27	Anfragen mündlich	

Vor Eintritt in die Tagesordnung (der gesamten Sitzung)

AV Wilfried Hanft eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung der Stadt Bornheim, stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen worden ist und dass der Ausschuss für Stadtentwicklung beschlussfähig ist.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt,

1. die Tagesordnungspunkte 6 und 7 zusammen zu behandeln, aber getrennt abzustimmen,
2. die Tagesordnungspunkte 11 und 12 von der Tagesordnung abzusetzen.

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird in folgender Reihenfolge behandelt:
TOP 1-10, 13-27.

	<u>Öffentliche Sitzung</u>	
1	Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin	
Frau Altaner ist bereits zur Schriftführerin bestellt.		
2	Verpflichtung von Ausschussmitgliedern	
Es wurde kein Ausschussmitglied verpflichtet.		
3	Einwohnerfragestunde	

Mündliche Einwohnerfragen

Herr Düx

Kann die Anregung aufgenommen werden, dass zu TOP 24 beim straßenverkehrsrechtlichen Anhörverfahren im Vorfeld Herr Gatz oder Herr Engels die Anwohner einbinden, um ihre Anregungen einbringen zu können (Erfüllung § 35 StVO)?

Antwort:

Wird aufgenommen.

Herr Fischer betr. Hundezählung/Hundesteuer, Feststellung, dass keine Gegenleistung erfolgt.

Die Hundetütenspender sind meist leer und nicht aufgefüllt.

Kann man nicht den Hundebesitzern entgegenkommen?

Bei 50.000 Einwohner, etwa 21.000 Haushalte, ca 1.000 Hunde sind das 114.000 Euro im Jahr, die die Stadt einnimmt.

Wenn man zum TEDI geht, bekommt man für 5 Euro 320 Hundetüten, fast Tüten für ein ganzes Jahr.

Kann man den Hundebesitzern nicht einmal im Jahr, so eine Tütensammlung für 1 Jahr zur Verfügung stellen (6-7 Euro)?

Gegenüber den 100.000 Euro wären das 6.000 Euro, die man als Stadt dann ausgibt.

Man könnte dann die Automaten und deren Befüllung einsparen.

Bestehen solche Möglichkeiten?

Antwort:

Die Anregung wird entgegengenommen und in der Verwaltung erörtert.

Herr Fischer reicht seine Zeichnung als schriftlichen Antrag ein.

4	Entgegennahme der Niederschrift über die Sitzung Nr. 58/2019 vom 10.07.2019	
----------	--	--

Der Ausschuss für Stadtentwicklung erhebt gegen den Inhalt der Niederschrift über die Sitzung Nr. 58/2019 vom 10.07.2019 keine Einwände.

5	Vorstellung der Vorentwurfsplanung zum Ausbau des Heerweges zwischen Hemmerich und Brenig	473/2019-9
----------	--	-------------------

Der Antrag der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und des AM Breuer Ziffer 2.2 des Beschlussentwurfes „beauftragt die Verwaltung, den Heerweg auf der Grundlage der vorliegenden Planungsvariante 4 – vorbehaltlich der Anregungen aus der Anliegerversammlung – auszubauen“, zu streichen, wird mit einem Stimmenverhältnis von
13 Stimmen für den Antrag (CDU, UWG, FDP, Breuer)
08 Stimmen gegen den Antrag (SPD, B90/Grüne)
01 Stimmenthaltung (LINKE)
angenommen.

Der Antrag der SPD-Fraktion die Planvariante 2 nicht in die Bürgerbeteiligung einzubringen, wird mit einem Stimmenverhältnis von
06 Stimmen für den Antrag (SPD)
15 Stimmen gegen den Antrag (CDU, UWG, B90/Grüne, FDP, Breuer)
01 Stimmenthaltung (LINKE)
abgelehnt.

Der Antrag der FDP-Fraktion und der UWG/Forum-Fraktion, alle 3 Planungsvarianten in die Bürgerbeteiligung einzubringen, wird einstimmig angenommen.

Der Antrag des AM Breuer und der CDU-Fraktion, die Ziffern 2.3 des Beschlussentwurfes „beauftragt die Verwaltung, den für den Ausbau des Heerweges erforderlichen Grunderwerb durchzuführen“ und 2.4 des Beschlussentwurfes „beauftragt die Verwaltung, die erforderlichen Finanzmittel bei den Haushaltsplanungen zu berücksichtigen“ ersatzlos zu streichen, wird mit einem Stimmenverhältnis von
13 Stimmen für den Antrag (CDU, UWG, FDP, Breuer)
09 Stimmen gegen den Antrag (SPD, B90/Grüne, LINKE)
angenommen.

Der Antrag der SPD-Fraktion, die Verwaltung zu beauftragen zu prüfen, ob und welche Fördermöglichkeiten es für einen Radweg entlang des Heerweges gibt, wird einstimmig angenommen.

Der Antrag der SPD-Fraktion, die Verwaltung zu beauftragen zu prüfen, wie hoch die Kosten sind, wenn der kombinierter Geh- und Radweg bei Variante 4 um ca 1 Meter reduziert wird, wird einstimmig bei 2 Stimmenthaltungen (B90/Grüne) angenommen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung

1. nimmt die Straßenplanung zum Ausbau des Heerweges zwischen Hemmerich und Brenig zur Kenntnis,
2. beauftragt die Verwaltung
 - 2.1 zu den angebauten Ausbaubereichen (2., 4. und 6. Bauabschnitt) eine Anliegerversammlung durchzuführen und dem Ausschuss über das Ergebnis zu berichten,
 - 2.2 alle 3 Planungsvarianten in die Bürgerbeteiligung einzubringen,
 - 2.3 zu prüfen, ob und welche Fördermöglichkeiten es für einen Radweg entlang des Heerweges gibt,
 - 2.4 zu prüfen, wie hoch die Kosten sind, wenn der kombinierter Geh- und Radweg bei Variante 4 um ca 1 Meter reduziert wird.

Abstimmungsergebnis zu Ziffer 1 und 2.1:

- Einstimmig -
(ohne Mitwirkung des AM Knapstein gem. § 31 GO)

Abstimmungsergebnis zu Ziffer 2.2 und 2.3:

- Einstimmig -
(ohne Mitwirkung des AM Knapstein gem. § 31 GO)

Abstimmungsergebnis zu 2.4:

- Einstimmig -
bei 2 Stimmenthaltungen (B90/Grüne)
(ohne Mitwirkung des AM Knapstein gem. § 31 GO)

6	Bebauungsplan Rb 02 in der Ortschaft Rösberg; Aufstellungsbeschluss und Beschluss zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung	541/2019-7
----------	--	-------------------

AM Wehrend erklärt zu Protokoll, dass die CDU-Fraktion, die UWG/Forum-Fraktion und die FDP-Fraktion jetzt zustimmen, damit das Projekt nicht verzögert wird, aber der Investor Pläne einreichen wird, die zusätzlich zum Kindergarten einen Nahversorger und Wohnbebauung vorsehen.

Herr Erll erklärt zu Punkt 3 des Sachverhaltes, dass seitens der Stadt Bornheim für den Bereich des Bebauungsplanes ein Allgemeiner Siedlungsbereich beantragt ist.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt

1. gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes Rb 02 in der Ortschaft Rösberg. Das Plangebiet liegt am Ortsausgang der Ortschaft Rösberg in einem Bereich zwischen Metternicher Straße, Fürchespfad, der im Osten angrenzenden Bebauung und einem Wirtschaftsweg im Westen. Ziel ist es, Planungsrecht für eine Kindertagesstätte zu schaffen.

2. die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB mit dem vorliegenden Planentwurf und der vorliegenden Darlegung der allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung.
3. die Planung für die Dauer von 4 Wochen öffentlich auszulegen und eine Einwohnerversammlung durchzuführen.

- Einstimmig -

7	14. Änderung des Flächennutzungsplans in der Ortschaft Rösberg; Einleitungsbeschluss, Beschluss zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung	533/2019-7
----------	--	-------------------

AM Wehrend erklärt zu Protokoll, dass die CDU-Fraktion, die UWG/Forum-Fraktion und die FDP-Fraktion jetzt zustimmen, damit das Projekt nicht verzögert wird, aber der Investor Pläne einreichen wird, der zusätzlich zum Kindergarten einen Nahversorger und Wohnbebauung vorsehen.

Herr Erll erklärt zu Punkt 3 des Sachverhaltes, dass seitens der Stadt Bornheim für den Bereich des Bebauungsplanes ein Allgemeiner Siedlungsbereich beantragt ist.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt,

1. gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung der 14. Änderung des Flächennutzungsplanes. Das Plangebiet liegt in der Ortschaft Rösberg in einem Bereich zwischen Metternicher Straße, Fürchespfad, der im Osten angrenzenden Bebauung und einem Wirtschaftsweg im Westen.
2. die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB mit dem vorliegenden Planentwurf der 14. Änderung des Flächennutzungsplanes in der Ortschaft Rösberg und der Darlegung der allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung.
3. die Planung für die Dauer von 4 Wochen öffentlich auszulegen und eine Einwohner-versammlung durchzuführen.

- Einstimmig -

8	Bebauungsplan Se 25 in der Ortschaft Sechtem: Aufstellungsbeschluss, Beschluss zur Unterrichtung der Öffentlichkeit, Beschluss zur Offenlage	544/2019-7
----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt,

1. das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Se 25 in der Ortschaft Sechtem gemäß § 2 i.V.m. § 13 b BauGB einzuleiten. Das Plangebiet betrifft eine Außenbe-

reichsfläche und wird im Norden und Westen durch landwirtschaftliche Flächen sowie im Osten und Süden durch die bestehende Bebauung an der Eupener Straße bzw. der Clemensstraße begrenzt. Der Bebauungsplan wird gemäß § 13b i.V.m. § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt.

2. beschließt gemäß § 13b i.V.m. § 13a Abs. 3 BauGB auf die Durchführung einer frühzeitigen Bürgerbeteiligung zu verzichten und stattdessen bei der Bekanntmachung der Aufstellung darauf hinzuweisen, dass sich die Öffentlichkeit innerhalb einer Frist von vier Wochen im Rathaus über die Allgemeinen Ziele und Zwecke sowie die wesentlichen Auswirkungen der Planung unterrichten kann.
3. den vorliegenden Entwurf des Bebauungsplanes Se 25 einschließlich der vorliegenden textlichen Festsetzungen sowie der vorliegenden Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen.

- Einstimmig -

9	Bebauungsplan He 31 in der Ortschaft Hersel; Beschluss zu den Stellungnahmen aus der Offenlage; Beschluss zur erneuten Offenlage	450/2019-7
----------	---	-------------------

AM Prinz erklärt für seine Fraktion zu Protokoll, dass er den Bürgermeister bittet, dass von Seiten der Stadt darauf eingegangen wird, dass eine zukünftige Tieferlegung, wann immer sie kommen sollte, durch dieses Baugebiet nicht ausgeschlossen würde.

Antwort:

Herr Schier sagt zu dem nachzukommen.

Der Antrag der SPD-Fraktion den Bürgermeister zu beauftragen, innerhalb der vertraglichen Bindungen 20% geförderter Wohnungsbau aufzunehmen, wird mit einem Stimmenverhältnis von

10 Stimmen für den Antrag (SPD, UWG, LINKE, Breuer)

13 Stimmen gegen den Antrag (CDU, B90/Grüne, FDP)

abgelehnt.

Der Antrag der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion den Bürgermeister zu beauftragen zu prüfen, ob der Spielplatz zentral und nicht wie geplant am Rand angesiedelt werden kann, wird einstimmig angenommen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt

1. den Geltungsbereich des Bebauungsplanes geringfügig im nördlichen Bereich entlang der bisherigen Bebauungsplangrenze durchgängig bis zur Bahnlinie zu vergrößern,
2. zu den Stellungnahmen während der öffentlichen Auslegung nach § 3 (2) BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 (2) BauGB zum Entwurf des Bebauungsplans He 31 in der Ortschaft Hersel die vorliegenden Stellungnahmen inklusive Beschlussentwürfe der Stadt Bornheim.
3. den vorliegenden Entwurf des Bebauungsplanes He 31 einschließlich der vorliegenden geänderten Begründung gemäß § 3 (2) in Verbindung mit § 4a (3) BauGB für die Dauer von einem Monat erneut öffentlich auszulegen. Stellungnahmen können innerhalb dieser Frist nur zu den geänderten und ergänzten Teilen abgegeben werden.
4. den Bürgermeister zu beauftragen zu prüfen, ob der Spielplatz zentral und nicht wie ge-

plant am Rand angesiedelt werden kann.

- Einstimmig -

10	Sondergebiet großflächiger Einzelhandel in Bonn-Buschdorf	518/2019-7
-----------	--	-------------------

Die CDU-Fraktion beantragt, dass der Investor seine Pläne dem Ausschuss für Stadtentwicklung vorstellen soll.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung

1. nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis,
2. beauftragt die Verwaltung, mit den Betrieben Edeka und Rossmann die Auswirkungen der Planung in Bonn-Buschdorf zu erörtern und das Ergebnis im StEA bekannt zu geben,
3. beauftragt die Verwaltung mit dem Investor Kontakt aufzunehmen, damit dieser seine Pläne im Ausschuss für Stadtentwicklung vorstellen kann.

- Einstimmig -

11	Stellplatzsatzung der Stadt Bornheim	542/2019-6
-----------	---	-------------------

- abgesetzt -

12	Änderung der Stellplatzablösesatzung	512/2019-7
-----------	---	-------------------

- abgesetzt -

13	Weiterentwicklung des Stadtbahnangebotes auf der Linie 18 in Bornheim: Nachtverkehr an Wochenenden	531/2019-7
-----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat stimmt, der Durchführung der im Sachverhalt beschriebenen Angebotsverbesserung Nachtverkehr am Wochenende auf der Linie 18 zu.

- Einstimmig -

14	Wasserpumpe Rathausparkplatz	377/2019-6
-----------	-------------------------------------	-------------------

Die SPD-Fraktion beantragt, die Wasserpumpe in die Denkmalliste eintragen zu lassen und wenn die Wasserpumpe nach Hersel transloziert wird, dass diese auf Kosten des Erwerbers repariert wird.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beauftragt die Verwaltung,

1. mit dem Eigentümer des Denkmals in Hersel, Rheinstr. 190, vertraglich die Versetzung der Pumpe vom Rathausparkplatz nach Hersel als Dauerleihgabe und gegen Kostenübernahme zu vereinbaren und nimmt im Übrigen die Ausführungen der Verwaltung zum Denkmalwert der Pumpe zur Kenntnis,
2. die Wasserpumpe in die Denkmalliste eintragen zu lassen und wenn die Wasserpumpe nach Hersel transloziert wird, dass diese auf Kosten des Erwerbers repara-

riert wird.

- Einstimmig -

15	Gehweg L 182 - Fußgängersicherung	484/2019-9
-----------	--	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung stimmt der Kostenerhöhung für die Beleuchtung des Gehweges sowie den dargestellten, ergänzenden Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit zu.

- Einstimmig -

16	Anregung nach § 24 GO NRW vom 16.07.2019 betr. Verbesserung der Verkehrssicherheit des Radweges an der L118	474/2019-9
-----------	--	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beauftragt die Verwaltung, die im Antrag benannten Kreuzungsbereiche in einem Anhörungsverfahren im Hinblick auf einer Rotfärbung prüfen zu lassen (Einbeziehung von Polizei) und bittet die Verwaltung, nochmals mit dem Grundstückseigentümern zwecks der Sichtverbesserung Gespräche zu führen.

- Einstimmig -

17	Anregung nach § 24 GO NRW vom 19.07.2019 betr. Verkehrssituation Brunnenstraße, Roisdorf	458/2019-9
-----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und betrachtet die Angelegenheit als erledigt.

- Einstimmig -

18	Anregung nach § 24 GO NRW vom 05.08.2019 betr. Errichtung eines Erdwalls am Sportplatz Hersel	475/2019-6
-----------	--	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, keinen Lärmschutzwall zu errichten.

- Einstimmig -

19	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.06.2019 betr. Grundsatzbeschluss für die Oberflächen von Radwegen	403/2019-9
-----------	---	-------------------

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat

1. nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung und
2. beauftragt die Verwaltung, in den Fällen, in denen bei Radwegen im Außen- und Schutzbereich eine Abstimmung mit der ULB und /oder der UWB zur Realisierung oder Erstellung von Radwegen nötig ist, grundsätzlich zu prüfen,
 - 2.1 ob anstelle der wassergebundenen Bauweise für Radwege alternativ die Bauwei-

se mit wasserdurchlässigem Asphalt Verwendung finden kann, und

- 2.2 ob bei der erstmaligen Herstellung und soweit möglich bei Sanierungen von Radwegen die im Beschlussentwurf des Antrages vorgeschlagenen Ausführungsparmeter, sofern diese den zum Zeitpunkt der Ausführung geltenden, technischen Regelwerken für den Radwegebau entsprechen, Verwendung finden können.

- Einstimmig -

20	Antrag der SPD-Fraktion vom 07.06.2019 betr. Grunderwerbsverhandlungen für einen Radweg an der L 182	462/2019-7
-----------	---	-------------------

Die FDP-Fraktion stellt den Antrag den Bürgermeister zu beauftragen, die in der Sitzung vom 09.01.2019 beschlossene Prüfung einer verbesserten Radwegeverbindung über Wirtschaftswege durchzuführen und die Ergebnisse in einer Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung vorzustellen.

Der Beschlussentwurf,

„Der Ausschuss für Stadtentwicklung beauftragt die Verwaltung,

1. beim Landesbetrieb Straßen NRW den kurzfristigen Beginn der Planung eines Radweges entlang der Landesstraße L 182 zwischen Bornheim-Brenig und Swisttal-Heimerzheim zu beantragen.
2. dem Landesbetrieb Straßen NRW anzubieten, bei Grundstückverhandlungen zur Realisierung des Radweges entlang der L 182 zwischen Bornheim-Brenig und Swisttal-Heimerzheim, auf Grundlage einer abgestimmten Entwurfsplanung sowie im Rahmen der personellen Ressourcen der Verwaltung, unterstützend tätig zu werden.“

wird mit einem Stimmenverhältnis von

11 Stimmen für den Beschlussentwurf (SPD, UWG tw., B90/Grüne, LINKE, Breuer)

12 Stimmen gegen den Beschlussentwurf (CDU, UWG tw., FDP)
abgelehnt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beauftragt die Verwaltung, die in der Sitzung vom 09.01.2019 beschlossene Prüfung einer verbesserten Radwegeverbindung über Wirtschaftswege durchzuführen und die Ergebnisse in einer Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung vorzustellen.

Abstimmungsergebnis

- | | |
|--------------------------------|--------------------------------------|
| 12 Stimmen für den Beschluss | (CDU, UWG tw., FDP) |
| 09 Stimmen gegen den Beschluss | (SPD tw., B90/Grüne, UWG tw., LINKE) |
| 02 Stimmenthaltungen | (SPD tw., Breuer) |

21	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, UWG und FDP vom 01.08.2019 betr. Verkehrsbehördliches Anhörungsverfahren Talstraße	466/2019-9
-----------	--	-------------------

Die UWG/Forum-Fraktion stellt den Antrag mit dem Zusatz Teilnahme des Stadtbrandinspektors und der Ortsvorsteher.

Herr Schier teilt mit, dass die Ortsvorsteher zu den Anhörverfahren eingeladen werden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beauftragt die Verwaltung die Öffnung des derzeit mittels Absperrpfosten gesperrten Wirtschaftsweges in Verlängerung der Talstraße zwischen der Einfahrt zum Feuerwehrgerätehaus Merten und dem Holzweg im Sinne der Optimierung der Einsatzsituation der Feuerwehr, Löschgruppe Merten im Rahmen eines straßenverkehrsrechtlichen Anhörungsverfahrens nach 45 StVO zu überprüfen und den Ausschuss über das Ergebnis zu unterrichten. Zu dem Anhörungsverfahren ist der Stadtbrandinspektor einzuladen.

Abstimmungsergebnis

16 Stimmen für den Beschluss (CDU, B90/Grüne, FDP, UWG, Breuer)
06 Stimmen gegen den Beschluss (SPD)
01 Stimmenthaltung (LINKE)

22	Antrag der FDP-Fraktion vom 01.08.2019 (eing. 12.08.2019) betr. Verkehrssicherheit Spielplatz Hemmerich	490/2019-9
-----------	--	-------------------

Die FDP-Fraktion beantragt auf der Maaßenstraße Geschwindigkeitsmessungen mit dem Geschwindigkeitsmessgerät durchzuführen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beauftragt den Bürgermeister Geschwindigkeitsmessungen auf der Maaßenstraße durchzuführen.

Abstimmungsergebnis

21 Stimmen für den Beschluss (CDU, SPD, B90/Grüne, FDP, UWG)
01 Stimme gegen den Beschluss (LINKE)
01 Stimmenthaltung (Breuer)

23	Mitteilung / Halbjahresbericht des Bürgermeisters (Bereich StEA)	471/2019-1
-----------	---	-------------------

- Kenntnis genommen -

Zusatzfragen

AM Stadler betr. Unterschutzstellung des Bodendenkmals „Römisches Übungslager“ in Roisdorf, Eigentümerin nicht auffindbar
Was passiert da jetzt?

Antwort:

Gegenüber dem Eigentümer kann nichts verfügt werden.

AM Prinz betr. Seite 3, Auflösung der Bahnquerung

Können die Spalten erledigt bzw. nicht erledigt und der Sachverhalt ausgefüllt werden?

Antwort:

Wird nachgeholt und entsprechend ausgefüllt.

AM Stadler betr. Halbjahresbericht

Was versteht man unter einem Halbjahresbericht bei Beschlüssen vom 01.01.2018-30.06.2019?

Antwort:

Zukünftig erfolgt ein Halbjahresbericht.

24	Mitteilung betr. Geschwindigkeitsmessung Altenberger Gasse	538/2019-9
-----------	---	-------------------

- Kenntnis genommen -

25	Mitteilung betr. Verkehrsverhältnisse in der Hennesenbergstraße in Brenig	532/2019-9
-----------	--	-------------------

- Kenntnis genommen -

26	Aktuelle Mitteilungen und Beantwortung von Fragen aus vorherigen Sitzungen	545/2019-1
-----------	---	-------------------

Mündliche Mitteilungen

Keine.

Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

Von der Sitzungsvorlage-Nr. 545/2019-1 Kenntnis genommen.

27	Anfragen mündlich	
-----------	--------------------------	--

AM Strauff betr. EKZ, Schleichweg Schumacherstraße sollte unterbunden werden

Wie geht die Verwaltung dagegen vor?

Antwort:

Die Verkehrsbehörde ist im Gespräch mit dem Betreiber. Es gibt eine straßenverkehrsrechtliche Anordnung nach § 45 StVO, die unter anderem die Vorfahrtsregelung klärt. Auf Grund der guten Konjunkturlage konnte bisher kein Markierungsunternehmen gewonnen werden, so dass der Abschluss der Arbeiten noch mehrere Wochen dauern wird.

AM Stadler

1. Ist es nicht richtig, dass der Investor die Auffassung vertritt, die Sperrschranke, die eigentlich im städtebaulichen Vertrag vorgesehen war, damit nicht über sein Gelände auf die Siegburger Straße gefahren wird, nicht einzurichten?

Im Februar diesen Jahres hat er die Anträge für die Beschilderung eingereicht und im Sommer erst die Zustimmung bekommen, dass er die Beschilderung so vornehmen könnte. Jetzt, wo er die Zustimmung hat, konnte er erst die Schilder bestellen, so dass die Bestellung länger dauert.

Trifft das so zu?

Antwort:

Die subjektive Wahrnehmung kann so nicht bestätigt werden.

Es hat früh Pläne gegeben, die aber so nicht anordnungsfähig waren. Da war mehrfach Nachbesserung erforderlich. Die Schranke war in keinem der Vorschläge, die der Investor unterbreitet hat, Gegenstand.

AM Strauff

Mit einer Beschilderung ist es da alleine nicht getan

Antwort:

Die Zufahrt komplett zu verbieten, geht auf Grund des Anlieferverkehrs nicht.

AM Breuer betr. Uedorfer Weg Richtung Bornheim in Richtung Hersel aus gesehen. Schlaglöcher wurden aufgefüllt. Hinter der Autobahn sind aber immer noch 3 große Schlaglöcher, die gefüllt werden müssten.

Kann dies nochmals aufgenommen werden?

Antwort:

Wird an den SBB weitergegeben.

AM Prinz

1. betr. Rheinspange 553, Bewerbung für Planungswerkstatt am 12.10.2019
Ist jemand vom Straßen NRW bezüglich dieser Planungswerkstatt auf die Verwal-

tung zugekommen bzw. hat angekündigt, dass die Stadt Bornheim teilnehmen soll? Ist es möglich, dass die Verwaltung die Ergebnisse von dieser Werkstatt zeitnah erhält und dem Ausschuss vorstellt?

Antwort:

Förmlich eingeladen ist die Stadt Bornheim nicht.

Wenn die Stadt das Ergebnis von der Veranstaltung mitgeteilt bekommt, kann der Ausschuss unterrichtet werden.

2. Kann die Verwaltung proaktiv auf Straßen NRW zugehen und die Ergebnisse der Planungswerkstatt einfordern und zeitnah vorstellen?

Antwort:

Ja, es kann proaktiv eingefordert werden.

AM Geuer betr. Kolberger Straße

Wie ist der Sachstand?

Antwort:

Die Stadt kann jetzt abschließende Regelungen zum Thema Kolberger Straße treffen und die Ausschreibung Zweigrabenweg in Verbindung mit dem Fußweg Kolberger Straße wird vorbereitet.

AM Juchem betr. alternierendes Parken Jennerstraße

Wie ist der Sachstand?

Antwort:

Es wurde ein Konzept erarbeitet, welches ins Anhörverfahren gehen wird. Es hat noch ein Ortstermin stattgefunden.

AM Hochgartz betr. Straßen NRW soll von Bornheim seit einiger Zeit ein Verkehrskonzept für den Raum Merten erwarten

Ist dies der Verwaltung bekannt?

Antwort:

Nein, ist nicht bekannt.

Ende der Sitzung: 21.50 Uhr

gez. Wilfried Hanft
Vorsitz

gez. Petra Altaner
Schriftführung